

Bogusław Milerski¹

Demokratische Positionierung in einer postdemokratischen Gesellschaft.

Religionspädagogische Herausforderungen

Das demokratische System basiert auf dem Streben nach gesellschaftlichem Konsens hinsichtlich der Organisation des sozialen Lebens. Ein wesentliches Element desselben ist die soziale Kommunikation, die der Formulierung von Argumenten und der Konsensbildung dient, zumindest innerhalb einzelner sozialer Gruppen. Im Unterschied zur Idee der Demokratie als ideale Kommunikationsgemeinschaft haben wir es mit einer Vielzahl von Kommunikationsgemeinschaften zu tun, die sich nicht nur auf eigene Vorstellungen der sozialen Ordnung berufen, sondern auch Diskurse innerhalb ihrer eigenen Systeme führen, die als Kommunikationsblasen bezeichnet werden. Diese Systeme besitzen einen autopoietischen und autoreferenziellen Charakter. Sie sind von vornherein hermetisch angelegt und beruhen somit auf der Relation Eigen–Fremd. Als Fremde gelten hierbei konkrete Vertreter:innen anderer politischer und kultureller Optionen. Häufig jedoch wird Fremdheit in überzeitlicher Weise konstruiert. Klassische Symbole einer derart instrumentalisierten Fremdheit sind Jüdinnen und Juden, Musliminnen und Muslime, Migrantinnen und Migranten. Wenn hermetische Kommunikationssysteme nicht in der Lage sind, ihre Unterschiede klar zu definieren, können sie stets auf den genannten Feind zurückgreifen, der Andersartigkeit symbolisiert. Der gegenwärtige gesellschaftliche Diskurs liefert zahlreiche Beispiele für eine solche Instrumentalisierung von Differenzen zwischen sozialen Systemen.

Das Jahr 2025 war ein Jahr politischer Entscheidungen: der Parlamentswahlen in Deutschland und der Präsidentschaftswahlen in Polen. In Deutschland wurde das Land von der demokratischen Ampelkoalition regiert – bestehend aus SPD, FDP und den Grünen. In Polen regierte eine demokratische Koalition mehrerer politischer Parteien, die in drei Blöcken zusammengeschlossen waren: die Bürgerkoalition (bestehend aus der Bürgerplattform und kleineren Parteien), dem Dritten Weg (PSL und Polen 2050) und den Linken (zwei Parteien).

¹ **Bogusław Milerski** ist Professor für Religionspädagogik an der Christlich-Theologischen Akademie in Warschau.

In beiden Ländern war ein ähnlicher Prozess zu beobachten.

Die Regierungsparteien handelten sehr oft nicht im Sinne des Gemeinwohls. Statt gemeinsamer Prioritäten dominierten partikuläre Interessen der jeweiligen Parteien. In Deutschland kam es zu vorgezogenen Neuwahlen. In Polen fanden die Präsidentschaftswahlen zum verfassungsmäßig vorgesehenen Termin statt. Der Kandidat des demokratisch-liberalen Lagers verlor – knapp, aber dennoch.

Mir ist bewusst, dass Wahlergebnisse von vielen Faktoren abhängen. Ziel meiner Überlegungen ist nicht die Analyse einzelner Wahlkampagnen, Strategien, Methoden oder Fehler, sondern der Versuch, eine Antwort auf die grundlegende Frage nach den kommunikativen Voraussetzungen demokratischer Positionierung als bildungstheoretischer Herausforderung zu finden.

1. Liberale Demokratie: Konsens und Konflikt

Die Reformation ist nicht nur Vergangenheit, sondern auch eine Tradition, die den Anspruch erhebt, Grundprinzipien heutiger Politik und Bildung zu formulieren². Die Bildung zur Demokratie wird auch als religionspädagogische Aufgabe verstanden³. Im Jahr 2017 veröffentlichte die EKD das Positionspapier: *Konsens und Konflikt: Politik braucht Auseinandersetzung*. Das Dokument wurde ins Polnische übersetzt und 2019 auf einer Konferenz im POLIN-Museum in Warschau unter Anwesenheit des Ombudsmannes vorgestellt. Werfen wir einen Blick auf ausgewählte Thesen dieses Dokuments.

Der Anlass war das Reformationsjubiläum, doch das Ziel bestand darin, Wege und Irrwege demokratischer Entwicklung aufzuzeigen. Die Autor:innen machten deutlich: Der Totalitarismus des Dritten Reiches hatte ein ‚demokratisches‘ Mandat einer gesellschaftlichen Mehrheit. Ein auf Populismus basierendes System kann, trotz demokratischer Legitimation, der größte Feind der Demokratie sein. Wenn die Vernunft schläft, erwachen die Dämonen.

Dem steht eine optimistische Einschätzung gegenüber:

„Verglichen mit anderen Ländern ist Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland nach wie vor in hohem Maße konsensorientiert und stabil. Dennoch ist die Gesellschaft nicht mehr so homogen wie früher. Populismus hat in der Parteienlandschaft und in der Gesellschaft insgesamt zugenommen. Die Nutzung der digitalen Medien hat zu einer ungeheuren Beschleunigung von

² Schwendemann, Wilhelm (2013): Reformation und Humanismus. Philipp Melanchthon und Johannes Calvin, Frankfurt am Main.

³ Schlag, Thomas (2010): Horizonte demokratischer Bildung. Evangelische Religionspädagogik in politischer Perspektive, Freiburg im Breisgau.

Debatten und einer teilweise erheblichen Brutalisierung des Tons der Auseinandersetzung geführt. Stärker als früher müssen wir uns darauf einstellen, dass manche Konflikte bleibend sein werden.

Umso mehr stellt sich für alle gesellschaftlichen Kräfte die Aufgabe, am Zusammenhalt der Gesellschaft mitzuwirken⁴.

Ich lasse hier bewusst die deutsch-polnischen Hoffnungen auf Stabilität demokratischer Gesellschaften beiseite und konzentriere mich auf das Wesen der liberalen Demokratie selbst:

„Demokratie bedarf der politischen Öffentlichkeit und einer politischen Kultur, die sich von anderen Positionen befragen lässt und nicht von vornherein die eigene Auffassung absolut setzt. Teil dieser Kultur muss es daher sein, das Gemeinsame als etwas zu verstehen, das sich nicht einfach von selbst einstellt. Es muss vielmehr im Prozess der Auseinandersetzung, des Fragens und der Kritik immer wieder neu gesucht und in Worte gefasst werden“⁵.

Das ist richtig. Demokratie ruht auf zwei Säulen: auf einer ethischen und auf einer kommunikativen Grundlage. Beide sind gleich wichtig und bedingen einander. Ethos der Demokratie beruht auf gegenseitiger Anerkennung, Solidarität und Gerechtigkeit, sozialer Inklusion und universalen Menschenrechten (Ethik der gegenseitigen Anerkennung, Ethik der Solidarität und Gerechtigkeit, Ethik der Gleichberechtigung und der Menschenrechte). Lassen Sie uns nun die kommunikativen Prozesse betrachten, also den breit verstandenen gesellschaftlichen Diskurs.

Liberaler Demokratie basiert auf rationalem gesellschaftlichem Diskurs, der unterschiedliche Standpunkte und Sichtweisen einbezieht. Seine Essenz ist rationale Argumentation aller Diskursteilnehmer:innen. Wenn Argumente aus ideologischen statt rationalen Prämissen stammen, müssen sie demaskiert und *entzaubert* werden. Diese Sichtweise wurde von der Kritischen Theorie weiterentwickelt. Sie wollte die gesellschaftliche Realität nicht nur beschreiben und erklären, sondern auch verändern – im Geiste der Emanzipation und Subjektwerdung aller Individuen und Gruppen. Kritische Theorie war auf gesellschaftlichen Wandel orientiert. Ihr theoretisches Modell war die inklusive, solidarische Gesellschaft als ideale Kommunikationsgemeinschaft⁶.

⁴ Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) (2017): Konsens und Konflikt. Politik braucht Auseinandersetzung. Zehn Impulse der Kammer für Öffentliche Verantwortung der EKD zu aktuellen Herausforderungen der Demokratie in Deutschland, Hannover, S. 6.

⁵ Ebd., S. 12.

⁶ Habermas, Jürgen (1988): Theorie des kommunikativen Handelns, Bd. 1–2, Frankfurt am Main.

Die Vertreter:innen der Kritischen Theorie erkannten neben dem Ideal auch die Realität sozialer Verhältnisse. Da diese von den Idealen abweichen, galt ein wesentlicher Teil der Forschung den Mechanismen, die Emanzipation und rationale Kommunikation behindern. Demokratischer Diskurs soll diese Mechanismen analysieren und aufheben. Kommunikation als Grundlage der Demokratie orientiert sich am Konzept gesellschaftlicher Aufklärung.

Ein zentrales Phänomen ist hierbei die Ideologie. In der Tradition der Kritischen Theorie ist Ideologie keine Lehre von Ideen im idealistischen Sinne, sondern eine Form gesellschaftlichen Bewusstseins, die ein partikulares (nicht universelles) Gruppeninteresse ausdrückt und zur Durchsetzung dieses Interesses beiträgt. Ideologische Argumente in öffentlichen Debatten beruhen nicht auf Vernunft, sondern auf Bewusstseinsbildung. Der paradoxe Befund: Auch liberale Demokratie ist ideologisch – als bestimmte Form des sozialen Bewusstseins⁷.

Was tun, wenn dieses demokratische Bewusstsein erodiert und nicht länger partikulare Interessen artikuliert? Die Antwort der Kritischen Theorie lautet: Mehr Vernunft, mehr Aufklärung – *Mehr Licht*.

Die Autor:innen von *Konsens und Konflikt* sind nicht naiv. Sie sehen den Einfluss von Ideologie, Ängsten und sozialen Konflikten als Faktoren, die Kommunikation und Konsensbildung beeinflussen. Doch auch der demokratische Diskurs hat Grenzen – nicht nur innerhalb der Kirche als demokratischer Gemeinschaft, sondern auch in der Gesellschaft insgesamt. Die zentrale Herausforderung heißt Populismus:

„Der Umgang mit populistischen Positionen darf die Auseinandersetzung nicht scheuen und muss der Sprache der Ausgrenzung eine Praxis des Einbeziehens und Sich-Einlassens entgegensetzen. Gleichzeitig ist klarer Widerspruch notwendig, wo Populistinnen und Populisten die Grundregeln und normativen Grundsätze demokratischer Politik nicht nur angreifen, sondern grundsätzlich zur Disposition stellen und so die Grenze zwischen Populismus und Extremismus überschreiten. Mit denen, die das demokratische System im Kern angreifen, darf nicht der Dialog gesucht werden, sondern es muss ihnen entgegengetreten werden. Da die Grenzen hier fließend sind, muss bei Gesprächen sorgfältig unterschieden werden: zwischen den Sorgen und Ängsten von Menschen, die öffentlich gemacht werden müssen, und einer bewussten Grenzüberschreitung, mit der die Grundlagen politischer Kultur verschoben werden sollen“⁸.

⁷ Horkheimer, Max (2011): Traditionelle und kritische Theorie. Fünf Aufsätze, Frankfurt am Main.

⁸ Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) (2017): Konsens und Konflikt, S. 26.

Die Antwort auf die Herausforderungen der Gegenwart: mehr Vernunft, mehr öffentliche Aufklärung und klar definierte Diskursgrenzen. Meine Antwort darauf lautet: Ja und Nein. Ja – zur öffentlichen Aufklärung, ja – zu einem normativen Rahmen des demokratischen Diskurses. Nein – zu einfachen Ausschlussgrenzen. Bereits vor Jahrzehnten formulierte ein Kritiker der rationalen Kommunikationsgemeinschaft eine anti-universalistische These: Wir leben in autopoietischen, autoreferenziellen Systemen. Damals meinte er traditionelle soziale Systeme⁹. Heute sprechen wir von Kommunikationsblasen (*Bubble*), die auf gemeinsamen Interessen bestimmter sozialer Gruppen beruhen. Diese Blasen sind Ausdruck realer sozialer Bedingungen – aber auch Produkt affektiver Kommunikationsmuster sowie gezielter Interessen von Politiker:innen, Lobbygruppen und sogenannten Influencer:innen.

2. Demokratie als pädagogische Herausforderung

Vor 110 Jahren, im Jahr 1915, vollendete John Dewey sein Opus Magnum: *Democracy and Education* (veröffentlicht 1916). In Kapitel 7, *Die Idee demokratischer Erziehung*, lesen wir:

„Demokratie ist mehr als eine Regierungsform. Sie ist vor allem eine Lebensgemeinschaft, ein wechselseitiger Austausch von Erfahrungen. Eine demokratische Gesellschaft könnte folgendermaßen beschrieben werden: eine Anzahl von Individuen, über einen bestimmten Raum verteilt, die durch gemeinsame Interessen verbunden sind – in dem Sinne, dass jede Person ihr Handeln auf das Handeln anderer bezieht, welches wiederum ihr eigenes Handeln sinnvoll strukturiert und ausrichtet. Solche sozialen Beziehungen setzen die Aufhebung von Klassen-, Rassen- und Nationalitätsgrenzen voraus, die es den Menschen zuvor unmöglich machten, den vollen Sinn ihres Handelns zu erkennen“¹⁰.

Diese Aussage beschreibt eine ideale demokratische Welt, die wir zu verwirklichen hoffen. Doch stellt sich die Frage: Unterstützt die Mehrheit tatsächlich eine solche Idee? Solche Aussagen werden oft als *nützliche Fiktionen* bezeichnet. Doch eine nützliche Fiktion kann nicht alleiniger Bezugspunkt sein. Sie muss in den realen Kontext des heutigen gesellschaftlichen Lebens eingebettet sein – ein Leben, in dem Barrieren nicht abgeschafft wurden und populistische Bewegungen diese Barrieren sogar verstärken.

Dewey schreibt weiter:

⁹ Luhmann, Niklas (1982): *Funktion der Religion*, Frankfurt am Main.

¹⁰ Dewey, John (1972): *Demokracja i wychowanie. Wprowadzenie do filozofii wychowania*, Wrocław et al., S. 121 [Democracy and Education. An introduction to the Philosophy of Education].

„Erziehung ist ein sozialer Prozess. Da es jedoch viele Gesellschaftsformen gibt, muss jede kritische wie auch konstruktive Festlegung von Erziehungsprinzipien auf einer bestimmten gemeinsamen Ideologie beruhen. Der Wert einer bestimmten Gesellschaftsform kann nach zwei Kriterien beurteilt werden: Zum einen, in welchem Maß alle Mitglieder an den Interessen der Gruppe beteiligt sind, und zum anderen, in welchem Maß ein freier und umfassender Austausch mit anderen Gruppen möglich ist. Anders gesagt: Wir beurteilen jene sozialen Verhältnisse negativ, die den freien Austausch und die gegenseitige Erfahrung durch innere und äußere Schranken behindern. Eine demokratische Gesellschaft ist eine, die allen ihren Mitgliedern gleichen Anteil an den von ihr geschaffenen Gütern sichert und die ihre Institutionen durch den Austausch mit anderen Gesellschaftsformen fortlaufend gestaltet und verändert. In solchen Gesellschaften muss das Bildungssystem bei den Individuen eine Haltung der persönlichen Verantwortlichkeit gegenüber den bestehenden sozialen Verhältnissen und gegenüber der sozialen Gestaltung von Führung entwickeln...“¹¹.

Einer der zentralen Konfliktpunkte unserer Zeit ist der Gegensatz zwischen der sogenannten liberalen Elite und dem sogenannten *einfachen Menschen*. Dewey hat Recht, wenn er jene sozialen Verhältnisse kritisiert, die den freien Austausch und die wechselseitige Erfahrung einschränken. Doch wer hat das Recht, die inhaltlichen Grenzen von Überzeugungen festzulegen? So stehen wir vor einem unlösbaren Dilemma: Demokratie als *Agora* aller Meinungen versus Demokratie als *Agora* demokratischer Meinungen – und folglich als eine *Agora*, die undemokratische Positionen ausschließt.

Die öffentliche Politik und der pädagogische Diskurs sollten einen normativen Horizont bewahren. Gleichzeitig müssen sie aber auch die Realität unterschiedlicher gesellschaftlicher Interessen anerkennen. Die Bundestagswahl in Deutschland und die Präsidentschaftswahl in Polen haben uns eindrucksvoll die Gefahren für die Demokratie vor Augen geführt, die über aufklärerisch-rationale Kommunikationskonzepte hinausgehen.

Erstens: Die populistische Ideologie als Form gesellschaftlichen Bewusstseins ist nicht nur Ausdruck des sozialen Seins – bestimmter gesellschaftlicher Lebensbedingungen – sondern auch das Ergebnis gezielter politischer Konstruktion durch Akteur:innen mit partikularen Interessen. Ebenso ist sie ein Produkt versteckt agierender Institutionen.

Zweitens: Die Bedeutung traditioneller Medien sinkt radikal zugunsten sozialer Medien, die *de facto* keiner demokratischen Diskurskontrolle unterliegen.

¹¹ Ebd., S. 137.

Drittens: Der Diskurs in sozialen Medien folgt nicht den Prinzipien der aufklärerischen Rationalität, sondern wird von den partikularen Interessen einflussreicher Personen und Organisationen bestimmt, häufig unterstützt durch algorithmische Mechanismen und Bots.

Viertens: Der Diskurs in sozialen Medien basiert auf kurzen, emotionalen und ikonischen Botschaften, die zumeist keiner objektiven Überprüfung unterzogen werden. Selbst wenn eine solche Überprüfung erfolgt, zirkulieren diese Inhalte weiter innerhalb bestimmter Nutzergruppen.

Fünftens: Der Diskurs in sozialen Medien – entgegen dem Anspruch eines offenen Dialogs – findet in sogenannten Informationsblasen statt: Blasen gemeinsamer Interessen und Überzeugungen. Jede dieser Blasen ist autopoietisch, autoreferenziell strukturiert.

3. Religionspädagogische Herausforderungen

Demokratie ist nicht nur eine Idee, sondern vor allem eine bestimmte Form gesellschaftlichen Lebens. In diesem Sinne ist auch die Forderung der evangelischen Kirche zu verstehen, die sich als *Exemplum* demokratischer Praxis begreift:

„Die Botschaft des Evangeliums ist im Kern politisch. Der erste und wichtigste Ort politischer Praxis der Kirchen ist das Zusammenleben verschiedener Menschen innerhalb der Gemeinden, Gemeinschaften und Aktivitäten. Die Kirchen sollten – und wollen – Foren sein, auf denen Konflikte sichtbar gemacht, Ängste gehört und bearbeitet, Gespräche geführt und Menschen in Gemeinschaft eingebunden werden. Kirchen sind Orte demokratischer Partizipation“¹².

Die Aufgabe der Religionspädagogik als wissenschaftliche Disziplin (als Theorie) besteht darin, Prozesse religiöser Bildung und Sozialisation in unterschiedlichen gesellschaftlichen Kontexten zu erforschen. Ein wesentlicher Gegenstand ist sowohl die Analyse des religiösen Diskurses selbst als auch der externen Diskurse, die das religiöse Bewusstsein prägen.

Die Aufgabe religiöser Bildung (als Praxis) wiederum besteht im Erziehen und Lehren *über Religion (about Religion)* und *aus der Perspektive der Religion (from Religion)*. Grundlage dieses Lehrens und Erziehens ist die Führung eines religiösen Diskurses, dessen Ziel Emanzipation und religiöse Mündigkeit ist.

¹² Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) (2017): Konsens und Konflikt, S. 28.

Religionspädagogik und religiöse Bildung stehen heute vor der Herausforderung, nicht nur den religiösen Diskurs im Hinblick auf seine Argumente zur gesellschaftlichen Ordnung rational aufzuklären, sondern auch die Quellen, Methoden und Interessen zu reflektieren, die zur Konstruktion und Durchsetzung dieser Diskurse in der modernen Gesellschaft beitragen.